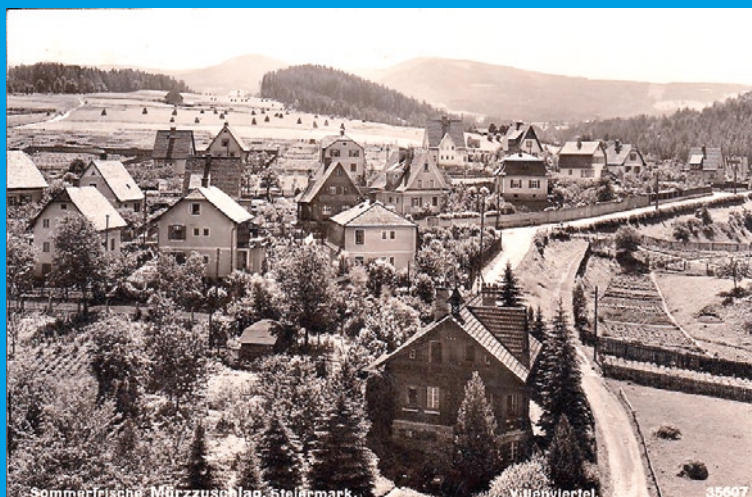




Klein, aber
mit Biss!

KPÖ beantragt – Gemeinderat beschließt: Keine Mieterhöhung in den nächsten 2 Jahren in Mürzer Gemeindewohnungen!



Historisches Mürzzuschlag

Dieses Foto ist auf einer Ansichtskarte die im Jahre 1940 gelaufen ist, abgebildet. Es zeigt eine neue Siedlung die zu Beginn der 1930er Jahre entstanden ist. Diese Neubausiedlungen südlich der Wienerstraße wurden von den Mürzern als Tripolis, Abessinien und Neuspanien bezeichnet. Am Foto, es ist von der evangelischen Kirche aufgenommen, ist ein Teil der Nansenstraße, der Burgenlandgasse und ein Stück der Pretulstraße in Richtung Geieregg zu sehen.

KOMMENTAR

Gemeinde Ganz Was nun?

Die Gemeindefusionierung wurde gegen den Willen der Ganzer Bevölkerung beschlossen. Die Landesvertreter sind weder auf die Wünsche noch auf die Bedenken der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Nachbargemeinde eingegangen.



Unter dem Deckmantel „Reformpartnerschaft“ sahen sich die SPÖ - ÖVP Landesregierer bemüßigt, unzählige Zwangsehen vorzuschreiben. Viele davon werden von einem oder mehreren Partnern – geschweige der Bevölkerung – nicht akzeptiert. So wehrt sich auch die Gemeinde Ganz. Trotzdem wird es nach Willen der „Reformzwillinge“ auch in Mürzzuschlag und Ganz zu Beginn des neuen Jahres zur Zusammenlegung kommen.

Diese Fusionierung bringt vorerst wenig Veränderung für die Mürzzuschlager, aber große für die Ganzer. Die Ängste der Einwohner von Ganz sind nachvollziehbar und werden durch die vielen offenen Fragen noch verstärkt. Welche Probleme kommen auf die Menschen zu und wie können sie im Vorfeld behandelt oder gelöst werden? Die Aufgabe der Gemeindevertreter wäre es wohl, in dieser Situation mit großer Verantwortung das Beste für die Bewohner zu erreichen. Der Fokus auf richtige Entscheidungen und geeignetes Handeln müsste, trotz dem Einspruch, auf eine bevorstehende Gemeindefusionierung gerichtet sein.

Etwaige Benachteiligungen zu verhindern und gemeinsam das Beste für die Ganzerinnen und Ganzer herauszuholen wäre die Pflicht der Gemeindevertreter von Ganz. Leider sind diese nicht gewillt, die Verantwortung zu übernehmen. Eine Klage einzureichen und zu hoffen, diesen Rechtsstreit zu gewinnen ist zu wenig! Was ist, wenn wie zu erwarten, dies nicht zum gewünschten Erfolg führt?

Dann kann es leider zu spät sein um vielleicht noch das Beste für Ganz und seine Bevölkerung zu erreichen.

Es schaut so aus, als ob es um Macht, Einfluss und Ämter geht. Persönliches Befinden und Anerkennung geht vor den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Das sind wir zwar aus dem Verhalten in der Politik gewohnt, ist aber wieder einmal nicht das, was die Menschen wollen.

Ein Miteinander mit positiven Zielen für die Zukunft, Antworten auf die vielen Fragen und die Sicherheit auch im nächsten Jahr die Aufgaben der Gemeinde geregelt zu wissen. Diese Aufgaben sind von den gewählten Gemeinderäten zu erfüllen.

Es ist nicht die Zeit, um beleidigt zu sein oder mit Trotz auf Entscheidungen zu reagieren, die einem persönlich nicht passen. Nicht die Vergabe der Posten ist wichtig, sondern die Interessen der betroffenen Bürger.

Gemeinderat Franz Eisinger

GEMEINDERAT

Die vorletzte Sitzung des Mürzer Gemeinderates, der ja wegen der Fusion bereits mit 1. Jänner 2015 aufgelöst wird, fand am 25. September statt. Auf der Tagesordnung fand sich neben der Genehmigung des Protokolls sowie dem Bericht des Prüfungsausschusses lediglich ein TO-Punkt. Dieser betraf die Mürzer Johannes-Brahms-Musikschule sowie die Sozialleistung 2015. Davor gab es allerdings wieder die Fragestunde an den Bürgermeister.

Wieviele Wohnungen hat die Gemeinde und wieviele sind davon leerstehend?

KPÖ Gemeinderat Eisinger stellte diese Frage an den Wohnungsreferenten Baumer, dieser beantwortete sie zufriedenstellend. Zur Zeit hat die Stadtgemeinde Mürzzuschlag 839 Wohnungen. 40 davon sind leerstehend und zum Teil sanierungsbedürftig.

Fusion Ganz

GR Rosenblattl richtete eine Anfrage an Bgm. Rudischer, ob es mittlerweile zu Gesprächen mit Vertretern der Gemeinde Ganz gekommen sei. „Es sind ja nur mehr wenige Monate bis zum 1. Jänner und die Bürger/innen hätten ein Recht auf Information, wie zum Beispiel die Schneeräumung, Müllabfuhr ab Neujahr in Ganz funktioniert. Wenn sie schon nicht von ihren eigenen Vertretern informiert werden, so sollten es wir tun“ so Rosenblattl. Bgm. Rudischer meinte dazu, dass es zu keinen Gesprächen gekommen ist, weil die Gemeindevertreter erst das Urteil des Verfassungsgerichtes abwarten wollen. Er mache sich auch darüber hinaus keine Sorgen, weil es am 1. Jänner genau so weitergehe wie bisher.

Alkoholverbot auf allen Spielplätzen

GR Eisinger erkundigte sich über das Ergebnis eines gemeinsamen Jugend- und Bauausschusses bezüglich des von der FPÖ geforderten allgemeinen Alkoholverbotes. Bei der letzten GR Sitzung im Juni wurde ja ein Antrag bezüglich Alkoholverbot am neuen Spielplatz bei der Volksschule Mürzzuschlag beschlossen. Dies war aber der FPÖ zu wenig. Deshalb kam es zu diesem Gespräch. Bgm Rudischer antwortete, dass es seitens der Polizei, (Postenkommandant Schoder war bei dieser Sitzung eingeladen den Standpunkt der Exekutive darzulegen) keinerlei Veranlassung gibt, ein Alkoholverbot auf allen Spielplätzen anzuordnen weil es keine Probleme gibt.

GEMEINDERAT

4. Oktober: Lange Nacht der Museen vs. Hönigsberger Herbstfest

GR Rosenblattl richtete an den Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Mürz Agentur eine Anfrage, ob hier die für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zuständige Gemeindeeinrichtung als lenkende und steuernde Kraft versagt. „Am 4. Oktober findet in Mürzzuschlag die lange Nacht der Museen, daneben das Oktoberfest der Feuerwehr und andere kleinere Veranstaltungen statt. Diese Kombination hat sich als sehr gelungen erwiesen. Viele Mürzer/innen und auswärtige Besucher beleben an diesem Tag und am Abend die Stadt.“

„Absolut unverständlich ist es meiner Meinung nach, dass nun gleichzeitig in Hönigsberg das Herbstfest veranstaltet wird. Eine der erfolgreichsten Veranstaltungen in Mürzzuschlag sollte doch nicht konkurriert werden! Umgekehrt ist es schade, da es sicher auch Mürzer/innen gibt die sehr gern auf das Herbstfest nach Hönigsberg fahren würden“, so die Argumentation von GR Rosenblattl Bgm Rudischer meinte dazu, dass die Mürz Agentur Veranstalter nicht zu besserer Koordination zwingen kann und gab die Anfrage gleich an den zuständigen Veranstalter des Herbstfestes, VP-GR Thomas Gstätter weiter. Dieser meinte, dass die Veranstaltung am 4. Oktober durchgeführt werden muss, weil es mit den Pensionisten so abgesprochen war. Außerdem wäre die Gefahr zu groß, dass es bei einer Verschiebung dann vielleicht keinen Sturm mehr gibt....

Musikschulgebühr erhöht – KPÖ lehnt ab

Die steirische Landesregierung hat im Sommer das neue Tarifsysteem für die kommunalen Musikschulen beschlossen. Dies hat zur Folge, dass auch die Mürzer Musikschule ihre Tarife erhöht. Auf die Frage von GR Eisinger, ob die Förderung für sozial Bedürftige Musikschüler auch angehoben wird, gab es keine positive Antwort. Die KPÖ lehnte diese Erhöhung somit ab.

Sozialleistung 2015 beschlossen

Die sogenannte „Sozialleistung“, sie setzt sich zusammen aus dem früheren Heizkostenzuschuss sowie der Weihnachtsgabe, wurde nach Index erhöht:

Stufe 1: Personen mit eigenem Haushalt unter 877,73 € bzw. 1.306,03 (Ehepaare) erhalten statt 136 nunmehr 138 €.

Stufe 2: Personen mit eigenem Haushalt unter 897,73 € bzw. 1.326,03 (Ehepaare) erhalten statt 115 nunmehr 117 €.

Stufe 3: Personen mit eigenem Haushalt unter 917,73 € bzw. 1.346,03 (Ehepaare) erhalten statt 94 nunmehr 96 €.

KPÖ-Gemeinderat Rosenblattl dazu in seiner Wortmeldung: „Die KPÖ stimmt zu, obwohl sie sich gewünscht hätte, dass die Gemeinde die 500 € noch aufgebracht hätte, um auf runde Summen zu kommen...“

Dringlichkeitsanträge:

Die KPÖ stellte bei dieser GR Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge und unterstützte gemeinsam mit Anderen einen dritten.

Der Erste betraf einen „**Mieterhöhungsstop**“ für Gemeindewohnungen. Im folgenden der Antrag mit Begründung:

„Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag beschließt die Erhöhung von Mietzinsen, die sich nach dem Richtwert- oder Kategoriemietzinsmodell orientieren, bis 31.12.2016 auszusetzen.“

Begründung: Während die Teuerung den Menschen immer mehr zusetzt, bleiben die Löhne und Gehälter immer weiter zurück. Das Einkommen reicht für viele nicht mehr zum Auskommen. Zeitgleich werden wichtige Sozialleistungen gekürzt oder ganz gestrichen. Die Bevölkerung zahlt die Zeche für die Orgien der Banken und Konzerne.

2013 sind die Mieten in Österreich durchschnittlich um 3,6 Prozent gestiegen, 2014 um satte 4 Prozent. Auch die Instandhaltungs- (2,2 Prozent) und Betriebskosten (1,7 Prozent) sorgen für einen enormen Anstieg der Wohnkosten. Das ist EU-weiter Spitzenwert.

Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Wohnung zu finanzieren. Das liegt nicht daran, dass sie über ihre Verhältnisse leben, sondern eben an den unkontrolliert steigenden Mieten und Betriebskosten. Viele Durchschnittsverdiener müssen bereits 50% und noch mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen ausgeben.

Über 900 Wohnungen sind im Besitz der Gemeinde Mürzzuschlag. Wenn sie mit gutem Beispiel voran geht und die Mieten nicht erhöht, übt dies auch Druck auf die anderen Wohnungsgenossenschaften aus.



Dieser Antrag wurde nach eingehender Diskussion mit einem Abänderungswunsch des Finanzreferenten Baumer (betreffend Wohnungen deren Landesdarlehen auslaufen) einstimmig angenommen. Die Stellungnahme von ÖVP-GR Lukas: „Wer soll das Ganze bezahlen?“ sorgte kurzfristig für einige Verwirrung. Finanzreferent Baumer klärte ihn aber auf, dass es sich höchstens um verminderte Einnahmen handeln kann aber dies keine Kosten verursacht...

Wohnbeihilfe erhöhen!

Auch der zweite KPÖ Antrag setzte sich mit dem Thema „Wohnen“ auseinander. Im Mittelpunkt steht dabei die Wohnbeihilfe des Landes Steiermark. Hier wieder Antrag und Begründung.



Der Gemeinderat der Gemeinde Mürzzuschlag spricht sich für die Erhöhung der Wohnbeihilfe und Anhebung der Einkommensgrenze bei der Wohnbeihilfe aus und fordert den Landtag und die Landesregierung auf, diese Forderung umzusetzen.

Begründung:

Immer mehr Menschen haben Probleme, ihre Wohnung zu finanzieren. Viele Steirerinnen und Steirer müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aufwenden.

Die Wohnbeihilfe wurde 2011 massiv gekürzt. Zuletzt bezogen nur noch 27.500 Haushalte in der Steiermark diese Unterstützung, weil seit Jahren keine Anpassung der Einkommensgrenzen erfolgte. Schon geringe Pensions- oder Lohnerhöhungen führen deshalb jedes Jahr dazu, dass tausende Steirerinnen und Steirer aus der Wohnbeihilfe fallen – 5.000 waren es allein im vorigen Jahr. Sogar ein Ehepaar, das Mindestpension bezieht, hat keinen Anspruch auf diese Hilfeleistung. So kann es nicht bleiben. Die Wohnbeihilfe muss dringend erhöht und allen jenen zur Verfügung gestellt werden, die sie brauchen. Zugleich müsste die Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe hinaufgesetzt werden.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen. Wir werden sehr darauf achten, ob die „Parteifreunde“ der SPÖ und ÖVP im Land ebenso für eine Erhöhung der Wohnbeihilfe eintreten wie die Mürzer Gemeinderät/innen...

Asylproblematik

Bei dieser Gemeinderatssitzung spielte die Situation um das neue Asylheim in Steinhaus eine Rolle. Der Sozialausschuss beschloss, dem Gemeinderat einen Dringlichkeitsantrag vorzulegen, in dem Bund und Land aufgefordert werden, für eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen einzutreten. Im folgenden die Resolution sowie eine Sachverhaltsdarstellung.

Dringlichkeitsantrag

eingbracht von GRin Ing. Ursula Haghofer auf Grundlage des einstimmigen Beschlusses des Fachausschusses für Soziales vom 23. September 2014, mit Unterstützung der Gemeinderäte der Fraktionen der KPÖ/Pro Mürz und Grüne über die solidarische Verteilung von Asylwerbern im Land Steiermark

Sachverhalt

Aufgrund internationaler Vereinbarungen bekennt sich Österreich, Menschen mit Furcht vor Verfolgung aufgrund Rasse, Religion, Nationalität, politischer Gesinnung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe aufzunehmen. Die im Status als Asylwerber befindlichen Menschen werden vom Bundesministerium für Inneres und vom Land Steiermark untergebracht. Die Bürgermeister haben aus rechtlicher Hinsicht kein Mitspracherecht. Private Quartieranbieter wenden sich an die zuständigen Stellen und schließen Verträge ab. Die letzte Zuteilung von bis zu 200 Asylwerbern in einem ehemaligen Hotel in Steinhaus/S. (Gemeinde Spital/S.) durch den Bund ist für die betroffene Gemeinde und die Region unzumutbar. Mit der Gemeinde wurde zuvor kein Einvernehmen hergestellt und ohne Wissen der Gemeindevertretung ein Pachtvertrag vom Bund über 15 Jahre mit dem Anbieter abgeschlossen. Durch diese Vorgangsweise ist eine Integration in einer Ortsgemeinschaft unmöglich. In der betroffenen Gemeinde und weiteren Gemeinden der Region wie auch in Mürzzuschlag sind bereits zahlreiche Asylwerber untergebracht. In der Stadt Mürzzuschlag leben derzeit 114 Asylwerber in Betreuung des Bundes oder des Landes in bereitgestellten Einrichtungen privater Betreiber. Eine solidarische Verteilung der Unterbringungsmöglichkeiten im Land Steiermark ist dringend erforderlich. Derzeit sind zum Beispiel im gesamten Bezirk Bruck-Mürzzuschlag 539, im Bezirk Deutschlandsberg 11, im Bezirk Voitsberg nur 8 Asylwerber untergebracht.

Mit der zu beschließenden Resolution werden die zuständigen Stellen aufgefordert, für eine gleichmäßige Verteilung der zu versorgenden Asylwerber in allen Bezirken der Steiermark zu sorgen.

RESOLUTION

Das Bundesministerium für Inneres und die Steiermärkische Landesregierung werden aufgefordert, die zu erfüllende Quote an Unterbringungsplätzen auf alle Gemeinden der Steiermark im Sinne einer gelebten Solidarität gleichmäßig und in verträglicher Relation zur Einwohnerzahl aufzuteilen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen von zwei FP-Gemeinderäten angenommen. Der dritte anwesende FP-Gemeinderat unterstützte den Antrag.

FPÖ Forderung nach Schließung aller Asylheime abgelehnt

Ein Antrag der FPÖ, der die Schließung aller bestehenden Asylheime in Mürzsteg, Spital und Mürzzuschlag zur Folge hätte, wurde von allen anderen Parteien als eine populistische und völlig unrealistische Aktion abgelehnt. So sollten die anderen Regionen alle diese Flüchtlinge übernehmen. Was da wohl die dortige FPÖ dazu sagen würden?

Zwei weitere FP Anträge befassten sich mit dem LKH Mürzzuschlag. Einmal wird die Erhaltung des Hubschrauberlandeplatzes gefordert und einmal das Parkplatzangebot beim LKH als unzureichend kritisiert. Beide Anträge fanden keine Mehrheit, werden jedoch im Bauausschuss behandelt.

KOMMENTAR

Wohnen ist zu teuer:

Auch bei uns in Mürzzuschlag machen die steigenden Wohnkosten immer mehr Menschen zu schaffen. Viele müssen bereits einen großen Teil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben.

Die Gründe dafür sind genau so vielschichtig wie die Ausreden der Wohnungsgenossenschaften und der Hausverwaltungen. Die Probleme reichen von einer unsozialen Gebührenpolitik der Gemeinden über steigende Betriebskosten und fehlende Förderungen. Die Mieten selbst steigen: durch eine falsche Förderpolitik des Landes sind viele Mieterinnen und Mieter mit exorbitanten Mieterhöhungen konfrontiert.

Gleichzeitig ist der soziale Wohnbau praktisch zum Erliegen gekommen. Jetzt hat der Landtag die KPÖ-Vorschläge aufgegriffen und einen Ausschuss „Leistbares Wohnen“ eingerichtet. Die wichtigsten Forderungen:

***Erhöhung der Wohnbeihilfe** und Ausweitung des Bezieherkreises. Wenn ein Mindestpensionisten-Ehepaar wegen eines „zu hohen“ Einkommens schon keine Wohnbeihilfe mehr erhält, müssten eigentlich bei allen die Alarmglocken läuten.*

*Wir fordern aber auch eine **Wohnbauoffensive** zur Schaffung erschwinglichen Wohnraumes.*

Je mehr Gemeinden diese Anliegen unterstützen, umso wahrscheinlicher wird ihre Umsetzung. Jetzt, vor den Gemeinderats- und Landtagswahlen, erkennt auf einmal auch die SPÖ das Thema Wohnen. Sie hat jüngst einen „Powerplan für die Steiermark“ präsentiert. Darin enthalten die Forderung: Wohnen soll für alle Bevölkerungsschichten billiger werden. Ankündigungen hat man in letzter Zeit schon oft gehört. Geändert hat sich leider nichts. Bis jetzt!

Dass der Gemeinderat von Mürzzuschlag nun einen Mieterhöhungsstopp beschlossen hat, ist aber ein gutes Zeichen. Wünschenswert wäre es, wenn die anderen großen Genossenschaften wie die SAG oder die BWSG auch nachziehen würden.

Gemeinderat Franz Rosenblattl



AUS DEM LANDTAG

Aus Hotel wird Flüchtlingsheim:

Die knapp 1.600 Einwohner zählende Gemeinde Spital am Semmering beherbergt derzeit in zwei Unterkünften rund 70 Flüchtlinge. Das hat bisher in der kleinen Gemeinde zu keinerlei Problemen geführt und wird im Wesentlichen von der Bevölkerung mitgetragen. Nun wurde über den Köpfen des Gemeinderates und der Bevölkerung ein Hotel zu einem Flüchtlingsquartier umgewidmet. Die slowakische Eigentümerin des Hotels will das Objekt offenbar mit höherem Profit nutzen. In Folge könnten bis zu 270 zusätzliche Kriegsflüchtlinge im Ort untergebracht werden. Bewohner und Lokalpolitiker protestieren und sehen nicht ein, dass Asylwerber in kleinen Landgemeinden ohne passende Infrastruktur zusammengepfercht werden.



Das Thema hat den Landtag in seiner Sitzung Ende September beschäftigt. Es wurde ein Antrag verabschiedet, der unter anderem die Ausarbeitung eines Konzeptes für eine ausgewogene Verteilung von Kriegsflüchtlingen in Zusammenarbeit mit Städte- und Gemeindebund fordert, und von der Bundesregierung verlangt auf EU-Ebene für eine solidarische Verteilung von Kriegsflüchtlingen auf alle EU-Mitgliedsstaaten einzutreten.

Außerdem spricht sich der Landtag dafür aus, dass die neuen Betreuungsplätze in Spital sofort abgezogen werden, sobald die Steiermark ihre Aufteilungsquote erfüllt.

Flüchtlingsströme sind Ergebnis von NATO-Aggression

LABg. Werner Murgg (KPÖ) stellte einige Vorschläge zur Diskussion: die öffentliche Hand sollte vermehrt Objekte zur Unterbringung zur Verfügung stellen, um endlich der Geschäftemacherei von Privaten mit Flüchtlingsunterkünften einen Riegel vorzuschieben. Nur so könne gewährleistet werden, dass ein ausgewogenes Verhältnis von Asylsuchenden mit der einheimischen Bevölkerung hergestellt werde. Außerdem muss in der öffentlichen Diskussion endlich zwischen Asylsuchenden und Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Österreich kommen, unterschieden werden, um die Migration in geordnete Bahnen zu lenken. Murgg erinnerte die EU- und NATO-Befürworter der übrigen Parteien an eine traurige Tatsache: „Viele Flüchtlingsströme waren und sind das Ergebnis der Zündelei und Aggression der NATO-Staaten, die von allen österreichischen Bundesregierungen vorbehaltlos unterstützt werden. Im Irak und in Syrien hat diese Politik erst dazu geführt, dass heute Hunderttausende auf der Flucht sind!“



**Wir brauchen
Dich**

Gemeinderatswahl 2015

Mut, Ehrlichkeit, und Charakter kann man nicht kaufen!

Besitz Du aber diese Eigenschaften, dann komm zu uns!



Im Frühjahr 2015 finden die Gemeinderatswahlen statt. Auch die Gemeinde Mürzzuschlag wählt einen neuen Gemeinderat. Wir suchen Personen die sich für eine soziale Kommunalpolitik engagieren möchten und bereit sind für die Interessen der Bevölkerung einzutreten. Wenn Du für den Gemeinderat kandidieren willst, oder Vorschläge hast, rede mit uns...
KPÖ Mürzzuschlag:
 Tel. 0650/ 27 10 550 oder E-Mail: kpoemz@aon.at

WIR GRATULIEREN DEN GEWINNERN DES JUNI RÄTSELS

1. Preis: 35 € Billa-Gutschein: Gabriele Grossegger Mürzzuschlag **2. Preis: 25 € Billa-Gutschein:** Wilhelm Rojko Mürzzuschlag
3. Preis: je 1 Flasche Wein vom Weingut Markowitsch: Reinhard Weinberger, Mürzzuschlag; Franz Kandlbauer, Mürzzuschlag; Robert Kern, Mürzzuschlag. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern und gratulieren den Gewinnern!

PREISRÄTSEL

1	↓	2	↓	3	4	5	↓	6	7	↓	8	9
↓	III				↓	10	→	↓			↓	↓
11		12	→					13	→			
↓				14	IV	15		VI	16		XI	17
18		19		↓	20	→	↓		↓	21		↓
↓		↓	22	→				23	→	↓		
24	→				25	→			II			
↓					I	26		27			28	
29			30	→		↓	31	→	X		↓	
32	33	VII	34	VIII	35	→				36		37
↓	↓		↓				38	→		↓		↓
39	→		XII	40	→				41	→		V
42	→				43	→			IX			

Das Gewinnlösungswort ergibt sich aus den Lösungsbuchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoemz@aon.at oder an Post: KPÖ, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag senden. Die Gewinner werden am 14.11.2014 ausgelost. Einsendeschluss 10.11.2014, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----

Name: _____
 Strasse: _____
 Wohnort: _____
 E-Mail oder Telefon: _____

- Widersacher Gottes
- bayrische Stadt
- Gewichtseinheit
- mäßig warm
- Baum-, Steinfrucht
- englischer Adelstitel
- Form des Sauerstoffes
- redlich; angesehen
- chemisches Zeichen für Natrium
- zerissenes Tuch
- Vorbedeutung
- eine der Musen
- Ausruf des Staunens
- in seine Bestandteile zerlegen
- Wind am Gardasee
- italienisches Wirtshaus
- Berufsvereinigung, Gilde
- Bindewort
- akute Bewusstseinsstörung
- norwegische Hauptstadt
- Wirkstoff im Tee
- süditalienische Hafenstadt
- Verkehrsstockung
- Farbe
- Seemannssprache: hinten
- Außenschicht bei Bäumen
- schwerer Sturm
- Monatsname
- Name Griechenlandes
- Zeitmesser
- feierliche Amtstracht
- Agentin
- je, für (lateinisch)
- Großmutter
- Kreuzesinschrift
- Gebirge auf Kreta
- flüssiges Fett
- Hauptstadt Ägyptens
- alkoholisches Getränk
- Samml. altnordischer Dichtung
- bestimmter Artikel
- Sultanat am Arabischen Meer
- plötzlicher Gedanke

Frieden! Das Gebot der Stunde

Warum gibt es Krieg?

Diese Frage stellt sich: 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 15 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die feierlichen Worte an den verschiedenen Gedenkveranstaltungen klingen in diesem Jahr besonders hohl. Fast überall auf der Erde toben im Jahr 2014 Kriege und werden hunderttausende Menschen auf die eine oder andere Weise zu Opfern militärischer Gewalt. Dabei haben unsere Meinungsmacher vor 25 Jahren ganz anders geredet.

1989 glaubte man, der Untergang des Sowjetsystems und des Warschauer Paktes werde das Ende der Geschichte und damit der Kriege bringen. Man sprach von einer Friedensdividende für die Menschheit.

Heute klingen solche Worte nur mehr weltfremd.

Hochgerüstete Machtblöcke kämpfen um die Kontrolle von Rohstoffen und von Absatzmärkten, Kriege sind zum Mittel der Politik geworden. Und wie vor 100 oder 75 Jahren werden die schlimmsten Absichten durch die edelsten Worte in den Medien getarnt. Heute sagt man zwar nicht mehr „Jeder Schuss ein Ruß“, im Jahr 2014 wird man aber als „Putinverstehler“ diffamiert, wenn man in der Krise rund um die Ukraine für Verhandlungen eintritt und die Spirale von Sanktionen und Kriegsvorbereitungen ablehnt.

Blicken wir in den Nahen Osten: Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern werden immer blutiger, Frieden ist nicht in Sicht. Und im Irak zeigt sich, dass der Angriffskrieg der USA von 2003 nur neue Gefahren gebracht hat.

Der „Kalte Krieg“ von einst - die goldene Zeit?

Die Jahrzehnte vor 1989 erscheinen aus heutiger Sicht wie eine goldene Zeit: Die großen militärischen Blöcke betrieben eine Politik der friedlichen Koexistenz und Österreich war neutral. Jetzt gibt es eine dieser Seiten nicht mehr. Die andere Seite hat in der Zwischenzeit getestet, wie weit sie im Streben nach Vorherrschaft und Neuaufteilung der Welt gehen kann und dabei das Instrument des Krieges nicht gescheut: Nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nicht in Jugoslawien, nicht in Libyen. NATO und EU sind immer näher an Russland herangerückt, zuletzt im Jahr 2014 durch den Umsturz in der Ukraine. Jetzt zeigt sich: Man ist zu weit gegangen. Druck erzeugt Gegendruck. Und das erhöht die Kriegsgefahr. In Zeiten der Wirtschaftskrise haben die Herrschenden immer versucht, von ihren eigenen Problemen abzulenken und die Massen gegen einen äußeren Feind zu führen. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Diese Worte des französischen

Sozialisten Jean Jaures, ermordet am 31. August 1914, haben ihre Bedeutung nicht verloren. Kriege werden immer durch Medienkampagnen vorbereitet: Im Jahr 1914 wurde Serbien als Mörderstaat



Käthe Kollwitz Lithographie 1924

hingestellt, im Jahr 1939 sagte Hitler, dass seit 5.45 Uhr „zurückgeschossen“ werde, weil Polen die deutsche Volksgruppe bedrohen würde. Und 2014? Die Tragödien von 1914 und 1939 dürfen sich nicht wiederholen! Der Krieg kann verhindert werden, wenn die Menschen die Herrschenden nicht machen lassen, was sie wollen. Dazu braucht es Aufklärung, Information und Mobilisierung. Das Eintreten für den Frieden ist wieder zu einer ganz wichtigen Sache geworden.

Franz Stephan Parteder

SOZIALBERATUNG



UNABHÄNGIGVER- TRAULICH

Fragen zur Mindestsicherung, Wohnungsprobleme, familiäre Fragen,

Arbeitsrechtliche und andere Probleme

Helfen statt Reden!

**mit Mag. Philipp Reininger und
GR Franz Rosenblattl**

Dienstag 14. Oktober ab 17.00 Uhr

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148
telefonische Voranmeldung erforderlich um Wartezeiten
zu vermeiden **0650 2710550 oder per Mail:**
kpoemz@aon.at

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber:
MHM Mitteilungsblatt für Hönigsberg, Ganz und Mürzzuschlag,
Wienerstrasse 148, 8680 Mürzzuschlag. E-Mail: kpoemz@aon.at •
Web: <http://muerzzuschlag.kpoe-steiermark.at>
Tel. und Fax: 03852 / 24 53. Druck: Kurz.

HILFE
Wohnen ist
zu teuer!



WOHNEN MUSS LEISTBAR WERDEN!

Wohnen in der Steiermark ist zu teuer. Die Wohnkosten steigen stärker als die Inflation. Die KPÖ macht Vorschläge, um auf allen politischen Ebenen – Gemeinde – Land – Bund – entgegenzusteuern. **Das Land Steiermark sollte endlich die notwendigsten Schritte setzen.**

1. Deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfe. Und Anhebung der Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe.
2. Wir brauchen eine kommunale Wohnbauoffensive, finanziert durch eine Zweckbindung der mit der Lohnsteuer einkassierten Wohnbaufördermittel.

Die KPÖ fordert: Wohnen muss wieder leistbar werden!

- Erhöhung der Wohnbeihilfe, Anhebung der Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe
- Kommunale Wohnbauoffensive! Mehr Gemeindewohnungen! Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an dauerhaft leistbarem Wohnraum
- Wiedereinführung der Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrags. Dieser wird vom Bruttolohn abgezogen, seit 2008 jedoch nicht mehr für den Wohnbau, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet
- Wiedereinführung von fixen Mietzinsobergrenzen
- Sonderwohnbeihilfe für jene, die aufgrund fehlgeleiteter Wohnungspolitik des Landes mit massiven Mieterhöhungen konfrontiert sind.
- Meldepflicht für leerstehende Wohnungen
- Keine Befristung von Mietverträgen
- Vermittlungsprovisionen sollen vom Vermieter bezahlt werden

EINMALIGE VERANSTALTUNG
HOLIDAY REVIVAL NIGHT
DIE LEGENDÄRE DISCO DER 80IGER
ÖFFNET FÜR EINEN ABEND

Restaurant Rudolf Holzbauer
Hönigsberg, Grazerstraße 93

AM SAMSTAG, 8. NOV. 2014
EINLASS 20 UHR, BEGINN 21 UHR

Auf Euren Besuch freuen sich



DJ Ferdi W.
DJ Heimo H.
DJ Mawe



Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Forderungen der steirischen KPÖ an die Landesregierung:

- Kommunale Wohnbauoffensive finanziert durch eine Zweckbindung der Wohnbaufördermittel
- Erhöhung der Wohnbeihilfe und Anhebung der Einkommensgrenze

Vor- und Zuname	Geb. Datum	Wohnadresse	Unterschrift

Unterschriften bitte zurück an: KPÖ Mürrzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürrzuschlag, E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at, Fax: 0316 / 71 62 91